

Stangensbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Rangenaussgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftstags 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Fort mit dem Schundgesetz!

Der demokratische Parteiauschuß gegen das Gesetz und gegen Geßler.

In der Demokratischen Partei wächst die Gegnerschaft gegen das Schmutz- und Schundgesetz. Der demokratische Parteiauschuß hat am Sonntag unter dem Vorsitz des demokratischen Parteivorstehenden Dr. Koch über die Lage beraten...

Das Ergebnis der Beratung war zunächst folgende Entschliessung über das Schmutz- und Schundgesetz:

„Der Parteiauschuß der Deutschen Demokratischen Partei billigt die Absicht des Gesetzentwurfes gegen Schmutz und Schund, hält aber den Entwurf in der vorliegenden Fassung aus kulturellen und rechtlichen Gründen für unannehmbar.“

Diese Entschliessung bedeutet einen entschiedenen Ordnungsruf für den Minister Kütz und die eifrigen Verteidiger des Gesetzes in der demokratischen Reichstagsfraktion. Sie wird ergänzt durch die folgenden Ausführungen des Parteivorstehenden Dr. Koch:

„Das Schund- und Schmutzgesetz erregt gegenwärtig die Wut in allen Fraktionen. In der demokratischen Fraktion gibt es Anhänger und Gegner des Gesetzes. Ich hätte keine Bedenken gegen das Gesetz, wenn die Gewähr der loyalen Durchführung bestände, aber ich kenne aus bitterer Erfahrung die Gefahren, die in der Handhabung solcher Gesetze durch die Bureaucratie liegen.“

Darum kann ich dem Gesetz, auch wenn es in einzelnen Punkten abgeändert wird, nicht zustimmen.

Aber ich muß mich dagegen wenden, daß man nun denen unter uns, die für das Gesetz eintreten, den politischen Charakter abspricht. Prüfstellen der Länder, wie sie Preußen fordert, stellen eine unerträgliche Attacke auf die Einheit des Reiches dar...

Herr Kütz selbst erklärte, er nehme die herbe Kritik an dem Gesetz durchaus nicht übel. Gleich kündigte er einen Gesetzentwurf über die Titel- und Ordensfrage an! Da wird ein künftiger demokratischer Parteiauschuß neue Arbeit haben.

Nach Herrn Kütz Herr Geßler! Es wird nicht mitgeteilt, welche Stimmen sich auf dieser Tagung gegen ihn erhoben haben. Die folgenden Entschliessungen über das Problem der Reichswehr wurden angenommen:

„Der Parteiauschuß ersucht die Fraktion, mit ernstem Nachdruck auf die Abstellung der Mängel zu drängen, die sich in der Reichswehr geltend gemacht haben und sich für entscheidende, dem ganzen Volk sichtbare Schritte zur Sicherung der republikanischen Charakters der Reichswehr einzusetzen.“ (Einstimmig.)

„Die DDB begrüßt die Anregung einer Kontrolle bei der Einstellung von Rekruten und Offizieranwärtern in die Reichswehr.“

„Die Republik braucht keine politische, aber eine bewußt republikanische Truppe, die von sich aus und in allen ihren Stellen jede Verbindung mit irgendwelchen Wehrverbänden ablehnt.“ (Mit großer Mehrheit.)

„Die DDB begrüßt die Absicht, den Artikel 48 der Reichsverfassung endlich durch das in ihm vorgesehene Ausführungsgesetz zu ergänzen, um die immer wieder auftauchenden Pläne der Reaktion zu vereiteln.“

Die Sicherung von Republik und Verfassung hat jedoch nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn das angekündigte Gesetz die volle Ueberordnung der bürgerlichen Gewalt über die militärische in jeder einzelnen Phase der Durchführung eines Ausnahmezustandes gewährleistet. Nur eine derart begrenzte Heranziehung militärischer Kräfte als Hilfsorgane der Verwaltungs- und Polizeibehörden entspricht dem Geist und Willen unserer demokratischen Reichsverfassung.“ (Mit großer Mehrheit.)

Diese Entschliessungen enthalten eine unausgesprochene, aber vernichtende Kritik an dem Wirken des demokratischen Reichswehrministers Geßler.

Die Erbitterung über das Wirken Geßlers im Reichswehrministerium war auf dieser Tagung sehr groß. Sehr prominente Demokraten, so der Leiter einer der größten Berliner demokratischen Zeitungen, drohten mit dem Austritt aus der Partei, wenn in Sachen Reichswehr nichts geschehe!

Beim Schmutz- und Schundgesetz ergibt sich nun die folgende Situation: der Reichsinnenminister Dr. Kütz verteidigt ein Gesetz, das seine eigene Partei in der von ihm vorgelegten Fassung für unannehmbar hält.

Der Vorsitzende der Demokratischen Partei erklärt sich gegen das Gesetz selbst für den Fall der Annahme von Abänderungsanträgen.

Beides, Entschliessung und Erklärung, unterstreicht den verdächtigen reaktionären Charakter dieses Gesetzes. Werden die Demokraten im Reichstag nun immer noch Hilfsstellung leisten bei der Durchdrückung eines Gesetzes, das reaktionärer Willkür gegen die Freiheit geistigen Schaffens den Weg ebnet?

Dieser Entwurf darf nicht Gesetz werden!

Der Rechtsstaat in Gefahr.

Von Wolfgang Heine.

Ueber der Abwehr der Bedrohung des geistigen Schaffens durch das Schundgesetz ist eine andere nicht geringere Gefahr in den Hintergrund getreten, die Untergrabung des Rechtsstaates.

Der Entwurf hat keine Bestimmung, die dem Autor und Verleger rechtliches Gehör sichert, keinen Zwang zur Beweisaufnahme, was jedem angeklagten Dieb, Hehler oder Kuppler in der Strafprozeßordnung garantiert ist. Der Vorsitzende kann sich die Kammer beliebig zusammensetzen. Der Antrag auf Streichung von der Liste, den der Verfasser und der Verleger stellen können, ist, das muß entschieden gesagt werden, kein Rechtsmittel im Sinne eines geordneten Prozeßverfahrens. Vor allem ist damit nicht zwingend ausschließende Wirkung verbunden, ein für jedes gesunde Rechtsgefühl geradezu horribler Zustand. Es ist ganz im Belieben des Vorsitzenden der Oberprüfstelle, ob er veranlassen will, daß die öffentliche Bekanntmachung der Entscheidung, also die moralische Hinrichtung, vorläufig unterbleibt.

Als die Strafprozeßordnung von 1877 beraten wurde, haben alle Parteien und die Regierung sich bemüht, den Angeklagten vor behördlicher Willkür zu schützen. Wir wissen leider, daß diese Rechtsgarantien des Strafprozesses noch nicht einmal in allen Fällen genügen. Will die Republik noch weniger auf Recht und Würde des Staatsbürgers bedacht sein? — Damals haben die Nationalliberalen, deren Führer Gneist der Theoretiker der Ideen des Rechtsstaates war, nicht minder Windthorst und Reichensperger als Leiter des Zentrums sich Verdienste erworben, in der Fortschrittspartei vor allem Koster. Die Nachfolger dieser Männer sollten sich bemühen, welche Pflicht zur Erhaltung eines großen Erbes damit auf ihre Schultern gelegt ist. Ganz entschieden müssen wir Republikaner dagegen protestieren, wenn man uns die Zerstörung dieser Rechtssicherheiten als Abkehr vom Individualismus und einen Ausbruch sozialen Pflüchtes anpreisen will, wie Herr Heusch es tut.

Man lasse sich auch nicht durch die Bertröstung auf die Ausführungsbestimmungen irre machen, die nach § 7 des Entwurfs der Reichsminister des Innern mit Zustimmung des Reichsrats erlassen soll. Solche fundamentalen Rechtssicherheiten gehören ins Gesetz und nicht in Ausführungsbestimmungen, die von den Behörden, die sie gegeben haben, auch wieder abgeändert werden könnten. Herr Minister Schiele hat uns dies Gesetz beschert, das die Sozialdemokraten Dr. Köster und Schulz und der Demokrat Koch nicht vorgelegt hatten. Der Reichsrat flößt uns gewiß kein Vertrauen ein. Den Mangel eines wirklichen Rechtsmittels mit Suspensivwirkung könnte aber auch die beste Ausführungsverordnung nicht beseitigen, denn der ist im Gesetz begründet, das selbstverständlich nicht durch die Ausführungsverordnung abgeändert werden kann.

Dringend muß davor gewarnt werden, sich etwa auf die Zusicherung loyaler Handhabung zu verlassen, die von dem Reichsminister des Innern und anderen geistigen Patronen des Gesetzes reichlich abgegeben werden. Beim Reichsvereinsgesetz von 1908 ging es ebenso. Angebliche Demokraten wie Müller-Reinigen haben alle Warnungen in den Wind geschlagen. Was die Versprechungen für einen Wert hatten, zeigte nachher die Verfolgung der Gewerkschaften.

Der § 7 des Schundgesetzes ist der Punkt, wo angepackt werden muß. Das Gesetz muß, wenn es nicht ganz fällt, durch zwingende Vorschriften über das Verfahren ergänzt werden.

Dies ist um so nötiger, als noch viel krasser die Behörden willkür in dem zweiten mit dem Schundgesetz in engster Verbindung stehenden Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der Jugend bei Lustbarkeiten hervortritt, das noch nicht einmal die Sicherungen kennt, die im ersten geboten werden.

Dieser Entwurf würde eine noch viel ungeschminktere Theaterzensur auf Umwegen herbeiführen, wie das Schundgesetz eine neue Art Buchzensur schafft. Würden beide Gesetze gemeinsam beraten, so würde diese Gefahr deutlicher zutage treten. Ist aber einmal das Schundgesetz angenommen, so wird man auch das andere mit Hurra durchpeitschen.

Reichstag unter Kuratel!

Kardorff als Scharfmacher — Auf dem heßischen Landesparteitag der Volkspartei.

Ueber eine Rede, die Herr v. Kardorff gestern auf dem heßischen Landesparteitag der Volkspartei gehalten hat, berichtet die Telegraphen-Union u. a. folgendes:

Der Redner forderte eine Reform der Verfassung. Wohl sei der Reichstag der wahre Souverän des deutschen Volkes, er sei aber ein Verschwender und besitze nicht das geringste Verantwortungsgefühl. Dieser Souverän müsse unter Kuratel gestellt werden, da hier nur Populärstolz getrieben werde. Eine starke Exekutive in der Person des Reichspräsidenten, vor allem ein starker Reichsfinanzminister sei hier das einzige Mittel der Abhilfe. Auf die Gerichtsbarkeit könne das deutsche Volk stolz sein. Man sollte Gott danken, daß wir noch einen unabhängigen Richterstand haben; die Angriffe gegen die deutsche Justiz seien scharfsinnig zu verurteilen. Zur Frage der Politisierung der Reichswehr übergehend sprach der Redner sein Bedauern über den Rücktritt des Generals von Sedow aus, um so mehr, als er die Folge einer politischen Kappalle gewesen sei. Des weiteren erörterte der Redner das Verhältnis der Deutschen Volkspartei zur Deutschnationalen Partei und betonte, daß auf dem Gebiete der Wirtschaft, Sozial- und Steuerpolitik sowie hinsichtlich der Erhaltung der Grundlagen unseres Volkvermögens und in dem Eintreten für ein unabhängiges Beamtentum beide Parteien auf dem gleichen Stand ständen. Um so mehr sei das Ausscheiden der Deutschnationalen aus der Regierung zu bedauern; der Sturz Luthers sei einer der schwersten Fehler gewesen. Die Deutsche Volkspartei dürfe gar nicht daran, sich den Sozialdemokraten in die Arme treiben zu lassen. Ihr Ziel sei und bleibe die Einigung des deutschen Bürgertums. Jeder Eingriff der öffentlichen Hand in die Privatwirtschaft müsse unbedingt unterbleiben. Die deutsche Industrie könne sich nur entwickeln, wenn sie auf einen umfassenden Absatz im Reich rechnen könne. Hier sei der Zustand der deutschen Landwirtschaft das entscheidende Moment. Jede Trübschicksalbildung habe solange keine Berechtigung, als die Landwirtschaft nicht leistungsfähig und taufähig geworden sei.

Die Rede dieses Volksparteilers ist eine der reaktionärsten Scharfmacherreden, die seit langer Zeit in Deutschland gehalten worden sind. Sie hat auf dem Landesparteitag der heßischen Volkspartei stürmischen Beifall gefunden.

Herr v. Kardorff will den Bürgerblock, um mit diesem gegen die Grundlage einer freien Staatsverfassung, gegen das parlamentarische System vorzugehen und aus dem Reichspräsidenten einen Diktator zu machen. Er will mit den Deutschnationalen eine Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik der bestehenden Klassen treiben. Er ist in diesem Sinn „gegen jeden Eingriff der öffentlichen Hand in die Privatwirtschaft“, das heißt die öffentliche Hand soll Großindustrie und Großgrundbesitz mit Zöllen und Subventionen bis in den Hals vollstopfen, die Ansprüche der Arbeiter aber auf eine menschenwürdige Lebenshaltung zurückweisen.

Das ist das Programm, das der Volksparteiler v. Kardorff auf einem volksparteilichen Landesparteitag entwickelt hat!

Sozialistischer Wahlerfolg.

Bei den Gemeindevahlen im Bremer Landgebiet.

Bremen, 29. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag fanden in zehn bremischen Landgemeinden die Wahlen zu den Gemeindeausschüssen statt. Gegenüber der Wahl im November 1923 hat die Sozialdemokratie ihre Gesamtstimmenzahl um 174 Stimmen vermehrt, wohingegen die bürgerlichen Parteien insgesamt 215 Stimmen verloren. Während die Sozialdemokratie die Zahl ihrer Mandate in den bremischen Landgemeinden um fünf erhöhen konnte und die Kommunisten diesesmal ihr erstes Mandat gewannen, haben die bürgerlichen Parteien insgesamt sechs Siege in den bremischen Landgemeindevahlen erlitten.

# Um die Militärkontrolle.

Eine englische Denkschrift als Mindestprogramm.

London, 29. November. (W.F.A.) „Times“ schreibt: Die Besprechungen über die deutsche Abrüstung werden zwischen der britischen, französischen, italienischen, belgischen und deutschen Regierung eifrig fortgesetzt, und bei der Zusammenkunft des Völkerbundsrates in der nächsten Woche werden die verschiedenen Minister des Neuhern das Problem weiter erörtern, um eine endgültige Regelung zu erreichen. Die Genfer Besprechung wird eine Fortsetzung der Erörterung sein, die in Locarno zwischen Luther und Stresemann stattgefunden hat. Die Initiative für die jüngsten Besprechungen ist von britischer Seite ausgegangen. Eine von britischen militärischen Sachverständigen vorbereitete

Denkschrift, die das „Mindestprogramm“ enthält,

dessen Erfüllung durch Deutschland gefordert werden sollte, falls es wünscht, die Alliierte Kontrollkommission aus Berlin zurückgezogen und durch ein Aufsichtskomitee des Völkerbundes ersetzt zu sehen, wurde von Sir Austen Chamberlain abgefaßt und ungefähr Mitte dieses Monats in Paris, Rom und Brüssel mitgeteilt.

Die Punkte des „Mindestprogramms“ waren:

1. Unterordnung des Oberbefehlshabers der Reichswehr unter die Autorität des Reichswehrministers;
2. Regelung der Frage der Rekrutierung und der militärischen Vereinigungen;
3. Kontrolle über die Ausfuhr von Waffen und Munition;
4. Zerstörung neuer Befestigungen an der deutschen Ostgrenze.

Zu den Punkten 1 und 2 wird „Times“ zufolge von den britischen Militärbehörden die Auffassung vertreten, daß Deutschland bereits viel zu einer befriedigenden Regelung getan hat und daß die zunehmende Unterstützung, die die Politik Stresemanns bei der Nation findet, den Rest tun wird. Den dritten Punkt

betrachtet man als den wichtigsten, und er ist auch in Wahrheit der Prüfstein für Deutschlands Bereitwilligkeit, den Geist der Locarno-Verträge zur Anwendung zu bringen. Der vierte Punkt wirft die Frage der genauen Auslegung der betreffenden Klausel des Versailler Vertrages auf. Die in London vertretene Auffassung ist, daß sic am besten dem Urteil der Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag überlassen bleiben würde. Briand hat die britische Denkschrift an die französischen Sachverständigen weitergegeben, deren Bericht rechtzeitig für die Zusammenkunft in Genf aufgestellt werden wird. Es ist bekannt, daß die Franzosen ebenso wie die Belgier der Frage ungeschlüssiger militärischer Organisationen in Deutschland größte Bedeutung beimessen. Ohne den Bericht der französischen Sachverständigen abzuwarten, hat Briand Chamberlain in dem Sinne geantwortet, daß die verjährlichste Haltung gegenüber Deutschland der leitende Grundsatz seiner auswärtigen Politik bleibe. Briand fügte hinzu, nichts sollte getan werden, um eine freundschaftliche und endgültige Regelung des Abrüstungsproblems zu verzögern. Indessen legte er dar, daß die Räumung des Kölner Abschnittes Herrn Luther und Herrn Stresemann zugestanden wurde in der Hoffnung auf eine schnelle Erledigung genau der Punkte durch Deutschland, die in der britischen Denkschrift erwähnt werden. Briand glaubt nicht, daß es auf die Dauer zweckmäßig sein würde, wenn alle Zugeständnisse nur von einer Seite kämen. Die belgische und die italienische Haltung gegenüber der britischen Denkschrift ist günstig.

Der Artikel schließt: Das Kernproblem der alliierten Regierungen ist nicht die Umwandlung der militärischen Kontrolle — dieses Prinzip kann als angenommen gelten —, sondern die genaue Umschreibung der Machtbefugnisse, die dem Organ des Völkerbundes gegeben werden sollen, wenn es gebildet worden ist. Die Franzosen wünschen eine ständige Kommission mit dem Recht der jederzeitigen Beaufsichtigung, und zwar besonders bezüglich der entmilitarisierten Rheinzone. Die britische Auffassung ist, daß dies über die Bedingungen des Versailler Vertrages hinausgehen würde und daß die Kontrollbefugnisse des Völkerbundes nur anwendbar werden sollten in besonderen Fällen, wo eine bestimmte Beschwerde von einer interessierten Macht vorgebracht ist.

# Der behinderte Amnestieausschuß.

Für Mag Hölz — Preussisches Justizministerium gegen Reichsjustizbehörde.

Der Vorsitzende des Reichsbegnadigungsausschusses, der Reichstagsabgeordnete Dr. Moses, war am vorgestrigen Sonnabend auf ausdrücklichen Befehl des Ausschusses nach Groß-Strehlitz (Oberschlesien) gefahren, um Mag Hölz dort im Zuchthause zu besuchen und sich persönlich über seine Beschwerden zu informieren. Das preussische Justizministerium, als die überwachende Instanz über den Strafvollzug in den preussischen Zuchthäusern, war offiziell von dem Besuch verständigt und ersucht worden, dem Reichstagsabgeordneten Dr. Moses die Möglichkeit zu geben, allein unter vier Augen, wenn auch nur für kurze Zeit, mit Hölz zu sprechen und so, unbeeinträchtigt durch die etwaige Anwesenheit von Beamten, von Hölz selbst zu hören, was er auf dem Herzen habe, wogegen und gegen welche Personen sich seine Beschwerden richten.

Dieses Ersuchen des Abgeordneten Dr. Moses ist vom preussischen Justizministerium glatt abgelehnt worden.

obwohl auch das Reichsjustizministerium den Wunsch unterstützt hatte. Ja noch mehr: das preussische Justizministerium hatte Sonnabend mittags 1 Uhr das Strafvollzugsamt für Schlesien in Breslau telefonisch angewiesen, sofort einen höheren Beamten nach Groß-Strehlitz zu entsenden, um zu verhindern, daß Dr. Moses auch nur eine einzige Minute ohne Anwesenheit dieses höheren Beamten mit Mag Hölz allein gelassen würde!

Die Haltung des preussischen Justizministeriums ist unerklärlich. Der Reichsbegnadigungsausschuß ist kein parlamentarischer Ausschuß

im eigentlichen Sinne des Wortes: seine Mitglieder sind nicht vom Parlament gewählt, sondern von der Reichsregierung ernannt worden. Er ist also in gewissem Sinne eine Reichsinstitution.

Die Besprechung mit Mag Hölz fand also in Gegenwart dieses höheren Vollzugsbeamten, Oberjustizrat Dr. Eversheim, und in Gegenwart des Verteidigers von Mag Hölz, Rechtsanwalt Dr. Apfel, statt. Hölz selbst brachte keine Beschwerden in durchaus gewählten Worten vor, Beschwerden, die sich in allererster Reihe gegen den Direktor des dortigen Zuchthauses richteten. Hölz beklagte sich darüber, daß, wenn ihm kein lebhaftes Temperament bei Verfügungen oder Besprechungen mit dem Direktor durchging und er dann wiederholt deswegen zu vierwöchigem Arrest, Entzug von Vergünstigungen, der Schreiberlaubnis, Besuchsverbot, Zeitungsverbot usw. bestraft wurde, seine physische, noch mehr aber seine psychische Gesundheit unter diesen Maßnahmen außerordentlich gelitten habe. Er beklagte sich besonders darüber, daß Maßnahmen getroffen seien, die der Dienst- und Vollzugsordnung für Strafgefangene direkt zuwider gewesen wären. Selbst die Anschaffung von Zahn- und Mundpflegeartikeln habe man ihm eine Zeitlang verboten. Es wurde das damit begründet, daß Hölz sich zur Arbeit weigert habe und daß demzufolge das Zuchthaus nicht in der Lage gewesen wäre, aus sich heraus die Geldmittel für Anschaffung von Zahn- und Mundpflegeartikeln für Hölz zu bewilligen. Denn auch Hölz unterliegt der Arbeitspflicht wie andere Strafgefangene. Hölz führt in gewissem Sinne einen fortwährenden

Kampf gegen die Leitung des Zuchthauses.

Er glaubt, daß er durch diesen fortwährenden Kampf systematisch aufgerieben würde. Inwiefern alle diese Beschwerden zu Recht bestehen, war in der kurzen Zeit nicht nachzuprüfen. Sie wurden von

# Erinnerung an Nick Carter.

Von Hans Bauer.

Ich weiß nicht, wie er geheißen hat, der die 32seitigen Hefchen mit dem grellbunten Umschlag vertlegte. Wahrscheinlich war er ja irgend ein Tölpel rechnender Schreiber, der ein paar arme Studenten gegen ein Taschengeld draußloschreiben ließ. . . . Über ich weiß, daß in diesen Hefchen etwas passierte, daß sie mit Spannung geladen waren, daß wir Jungen nach ihnen hieberten. Aus einer Spur im Sande rekonstruierte Nick Carter, der Sieghafte, den Hergang eines Verbrechen, der herausragende Totschuldchiffel eines Spziergäengers entlarvte diesen als Bankräuber, der Klecks auf dem Böschblatt führte auf die Spur einer Folschmünzerverbande. Es wurde geraubt, gemordet und andeutungsweise auch ein bißchen geschändet in diesen Hefchen. Bei Goethe, Schiller, Shakespear und in der Bibel hätten wir das alles auch haben können, wenn's uns auf's Stoffliche angekommen wäre, hier freilich durchsetzt mit Reflexionen, Sentenzen, Weltanschauung, mit Dingen also, für die wir noch kein Organ hatten. Wir aber wollten das Geschehnis, die Kellerei, das Hahneblutene. In der Schule gab es eine Bücherei. Aus Anstand entnahm man ihr hin und wieder einmal etwas: „Bunte Bilder aus dem Sachsentlande“, „Der alte Helldenkler“, „Stark wie die Welt“, „Barbara Uimann, eine deutsche Frau“. Dieser Quark verkaufte und verkaufte dann in der Ecke eines Regals zu Haus. Bei Nick Carter gab es keinen Schwafel. Hier setzte gleich auf der ersten Seite unter Fortissimo mit Mord und Totschlag die fastvolle Handlung ein, und dann saufen D-Jüge, gingen Verbrecherteller in Flammen auf, stürzten Dächer ein, wurden Jüdnichüre und Pulverfässer gelegt, bis der große Defektiv, immer die Scharleton-Pfeife im Schnabel, den Lumpenhund von einem Mörder stellte und ihn aus zwanzigfacher Uebermacht herauslieb.

Schund? Tausendmal ja, aber nicht mehr als ein Couris-Rahler- oder ein Rudolf-Herzog-Roman und nur charaktervoller als diese Fadigkeiten. Schund? Jeweils. Aber nicht mehr, als sich so schon in der Phantasie von uns Pubertätsjünglingen angeammelt hatte.

Nichtsondem von uns hat Nick Carter geschadet. Wanch einem, der Gedrucktes im übrigen wie die Pest haßte, hat er die reizvollen Möglichkeiten der Bekläre vermittelt und ihn überhaupt erst einmal lesen gelehrt. Als die Zeit erfüllt war, rührten wir, ohne älterer Ermahnungen zu bedürfen und ohne vom Polizisten zur Entsagung gezwungen zu werden, keines der Hefche mehr an. Wir waren anspruchsvoller und reifer geworden.

Anzu ist Nick Carter gewiß eine ungenießbare Kost für mich geworden, aber ich schäme mich nicht des Dankes an die namenlosen Kopfortgeschmeibanten, die die Väter meiner ersten Behoerfuche im Wanderverreich der Phantasie waren, sondern nur einer Republik, die diesen Dank heute produziert. Wie harmlos war doch jener im Kaiser-

reich geduldete Schund gegenüber der Schludrigkeit einer pseudo-demokratischen Gesehsmacherei, und wie düstig war der Schund, der aus den bunten Nick Carter-Hefchen aufstieg, gegenüber dem Gestank, den heute parlamentarische Finsterlinge verbreiten.

# Der genozüchtigte Autor.

Im an Goll, dem das seltene Geschick zuteil geworden, wider seinen Willen aufgeführt zu werden, sendet uns aus Paris noch nachträglich folgende Proteste:

„Der Abwesende hat immer unrecht.“

Von der Kritik vertrieben, von seinen zu guten Kameraden zur Schachtbank geführt, liegt der Dramatiker Goll am Boden. Eine Rechtfertigung ist nötig.

Offen gestanden befürchtete ich in jener Sonntagsnacht, während ich auf dem hell wie ein geschliffener Diamant blühenden Concerdeplatz stand, nicht mehr, daß „Der Stall des Luglas“ aufgeführt werden könnte, nachdem ich heftige Proteste an meinen Verlag, an das Neue Theater am Zoo, an den Schupoverband Deutscher Schriftsteller, an einige Freunde und an die Presse gerandt hatte. Denn hätte ich ahnen können, daß man mich trotzdem dergewaltigen würde, hätte ich noch am selben Tage das Flugzeug genommen und hätte selber von der ersten Szene an durch Pfeifen und Protest im Publikum die Aufführung unmöglich gemacht.

Kun, da sich niemand fand, mich zu schützen, bin ich der Kritik, die sich mit wenigen Ausnahmen sehr verständig erwiesen hat, noch eine Erklärung schuldig, und muß ich dem Verlag, der mir trotzte, die Wahrheit sagen. Ich habe belagtes Stück einmal in drei Tagen vom ersten bis zum letzten Wort direkt hintereinander heruntergeschrieben, als Fingerübung, um mir zu beweisen, daß man heute fünf Akte mit Schicksalsklimbin noch schreiben oder nicht mehr schreiben kann. Und ich habe das Manuskript ungelassen an den Verlag geschickt, dem ich damals absolut ein Manuskript abzuliefern hatte. Mein Staunen war groß, als ich nach ungefähr drei Wochen statt jeder Empfangsbestätigung — das gedruckte Bühnenrezept erhielt, ohne daß man mich auch nur um Korrekturen gebeten hätte. Mein Staunen war groß — über des Talents, das man mir zusprach. Das Abenteuer war lustig und ich wollte sehen, wie weit es führen würde. Wenn jemand es jetzt auch ausführen wollte: nun gut. Vielleicht konnte ich mit solchem Scharbockkraut Geld verdienen, mehr als mit meinen so fortgeschrittenen dramatischen Ver suchen? Aber eine Aufführung in Kassel zeigte mir, daß man den Drachen nicht herausfordern darf. Als man dann einige Wochen später das Stück im Trianontheater ausführen wollte, protestierte ich schon ebenso energisch wie diesmal und erreichte, daß die Veranstaltung verweigert wurde. Hätte ich mir je träumen lassen, daß dieselben guten Kameraden mich doch noch in ihren Armen totwürgen würden?

Ich behauere nur, daß diese wunderschöne, sternhelle Nacht und der gute Wille so vieler Theaterbesucher nicht dazu benutzt wurde, um eine dramatische Komposition von mir zu spielen, aus der zum mindesten meine akute künstlerische Gesinnung spricht und aus der diejenigen, die an mich glaubten, erkennen können, daß ich sie nicht verrate.“

Es gibt ein sehr einfaches Mittel gegen den Ehrgeiz oder Geizhastigkeit unverantwortlicher Leute, die die Mittelwelt mit unreifen

dem Oberjustizrat entgegengenommen, der eine Nachprüfung zusagte, aber erklärte, das Strafvollzugsamt würde, wenn die Beschuldigungen gegen den Direktor falsch seien, mit aller Schärfe gegen den „Strafgefangenen Mag Hölz“ vorgehen.

Die ärztliche Versorgung

des Zuchthauses und des Gefängnisses in Groß-Strehlitz liegt im Nebenamt dem Kreismedizinalrat ob, ein Zustand, der vom ärztlichen Standpunkte aus durchaus nicht zu billigen ist, denn schließlich ist mehr oder weniger jeder Gefangene ein psychisch Kranker, und 650 solcher Kranken nebenamtlich zu versorgen, heißt, die ärztliche Fürsorge für Strafgefangene geradezu absurdum zu führen. Auch hier müßte eine Aenderung eintreten.

Mag Hölz war über diesen Besuch außerordentlich erfreut und hofft, daß das Wiederaufnahmeverfahren sehr bald aufgenommen wird und daß er dann in absehbarer Zeit die Freiheit erlangt. Das Beste wäre für alle Beteiligten, wenn eine Verlegung von Mag Hölz in eine andere Strafanstalt vorgenommen werden könnte.

Der Reichsbegnadigungsausschuß wird in den nächsten Tagen bereits zu einer neuen Sitzung zusammentreten, um den Bericht des Abgeordneten Dr. Moses entgegenzunehmen.

# Hakenkreuzler gegen Reichsbanner.

Schwere Zusammenstöße.

Als Abschluß der Werbeweche veranstaltete das Reichsbanner gestern eine gewaltige Kundgebung im Westen Berlins. Auf dem Fehrbelliner Platz sammelten sich die Berliner Kreisvereine. Als nach Begrüßungsworten durch den Kreisvorsitzenden Biermann der Reichstagspräsident Genosse Löbe das Wort zu einer Ansprache nahm, war der weite Platz mit etwa 10 000 Reichsbannerleuten und einer unzähligen Menschenmenge dicht besetzt. Genosse Löbe erklärte, die Ergebnisse der Fremdenprozeße, die Denkschrift des Hochmeisters des Jungdeutschen Ordens hätten den Wert des Reichsbanners bewiesen. Wer da wisse, welche unheimlichen Elemente sich in die Reichswehr drängen, müsse begrüßen, daß eine so starke Schutztruppe der Republik vorhanden ist. Das Geschrei der „Vaterländischen“ nach dem „starken Mann“, nach dem Diktator, ist nur ein Zeichen ihrer Schwäche.

Während der Rede des Genossen Löbe fuhr die Straßenbahn 44 am Fehrbellener Platz vorbei, auf deren Anhänger acht bis zehn Hakenkreuzler in Uniform standen. Die Anwesenheit der Hakenkreuzler wäre völlig unbemerkt geblieben, wenn diese nicht durch drohende Jurufe von der Straßenbahn aus die Aufmerksamkeit erregt hätten. Als die Reichsbannerleute sich die Belästigung verbat, wurde ein Schuß abgefeuert, von dem man annahm, daß er von den Hakenkreuzlern abgegeben sei.

Reichsbannerleute veranlaßten die Straßenbahn zum Halten, um den Schützen feststellen zu lassen. Eine Anzahl Straßenpassanten, die diesen Vorgang aus nächster Nähe beobachtet hatten, wollten sich auf die Hakenkreuzler stürzen, wurden aber von Angehörigen des Reichsbanners daran gehindert. Als die Ansammlungen an der Straßenbahn stärker wurden, veranlaßte ein Reichsbannermann einen Radfahrer, die Schupo herbeizuholen. Die auf der Straßenbahn stehenden Hakenkreuzler, die teilweise mit Dolchen und Messern bewaffnet waren, wehrten sich wütend. Dabei wurde ein Reichsbannermann am Kopfe verletzt.

Die Hakenkreuzler bedrohten mit ihren Messern auch die Jahrgäste, die stuhlfest den Straßenbahnwagen verließen. Bei Zusammenstößen zwischen Jahrgästen und Hakenkreuzlern wurden die Scheiben eingeschlagen und ein Kind im Gesicht durch Glasscherben verletzt. Das herbeieilende Ueberfallkommando nahm die Hakenkreuzler fest. Zwei von diesen versuchten zu entfliehen, wurden aber von Reichsbannerleuten festgehalten und der Schupo wieder übergeben. Das Reichsbanner schloß eine Kette, um die Schupo-Beamten bei der Festnahme der Hakenkreuzler zu unterstützen. Selbst als die Hakenkreuzler schon auf dem Polizeiauto waren, verdrängte die Menschenmenge, die Hakenkreuzler zu verprügeln. Im Straßenbahnwagen wurde eine Pistole gefunden. Natürlich will keiner von den Verhafteten geschossen haben.

Theaterstücken beglücken wollen: man gebe ihnen kein Theater, man gehe nicht hin und man stelle nicht zum 10. oder 20. Male in der Presse fest, daß der Kritiker einen Sonntagsvormittag verloren hat.

„Ninon am Scheideweg“. (Neues Theater am Zoo.)

Ninon wird unter Kuratel gestellt, und der hartebeißige Kurator verleiht sich in sie, und sie spielt mit ihrem Ehemann ein bißchen Tangball, und dieser bringt einen lebendigen Scheidungsgrund ins Haus, der aber keine leibliche Schwere ist. Aufklärung auf der ganzen Linie. Schwanz mit musikalischen Einlagen. Anders geht die Operette nicht mehr. Zwei Schläger von Leo Wäcker wurden beifällig begrüßt, „Das ist Paris“ und „Was hat das mit der Liebe zu tun“. Die immer noch sehr temperamentvolle Grete Freund hatte in der raffig jungen Polin Irene Armbrus einen starken Gegenpieler gefunden, und der blonde Liebesheld Artur Schröder in der Wienerischen Felsheit des Will Forst. Charlie spielte einen guten Onkel mit einem gut dressierten Hund. Charlens Lante ist mir lieber. Aber der Direktor Charlo wird endlich einmal mit diesem Stotterhaltigen Stück auf die Kosten und nicht auf den Hund kommen. R. S.

Die hellste Stadt. Paris, die „Lichtstadt“, die einst auf die strahlende Helligkeit der Straßenbeleuchtung so stolz sein konnte, ist heute länger in den Schatten gestellt. Es gibt andere Städte, die sehr viel besser beleuchtet sind, und den Rekord in dieser Hinsicht behauptet die Stadt Portland in Oregon aufgestellt zu haben. Diese Stadt, die sich die „hellste“ nennt und sicherlich zu den am besten beleuchteten Orten der Welt gehört, hat eine besonders interessante Lichtanlage, die in der „Elektrotechnischen Zeitschrift“ beschrieben wird. Je zwei Lampen von je 15 000 Lumen, d. h. von einer Lichtstärke von rund 100 Hekterkerzen, sind in kaum 6 Meter Höhe an einander gegenüberstehenden Masten angebracht, die 30 Meter von einander entfernt sind. Die durchschnittliche Beleuchtung der Straße wird dadurch auf den sehr hohen Wert von 105 Lux gesteigert, und 160 Kilowatt werden an Energie aufgewendet, um die 1600 Meter lange Straße zu beleuchten, während das Höchste, was in Deutschland in dieser Hinsicht geleistet wird, nur der vierte Teil ist. Da die verwendeten Lampen ihr Licht vorwiegend nach den Seiten abgeben, sind auch die Häuserfronten überaus hell beleuchtet. Sehr bemerkenswert ist, daß die Lampen nicht an der Hochspannung von 110 Volt liegen, sondern an nur 37,5 Volt. Dadurch wird die Lebensdauer und die Lichtausbeute der Lampen erhöht. Die Kosten der Beleuchtung dieser einzigen Straße betragen jährlich 50 000 Dollar.

„Mündliche Buchstift“ veranstaltet Gena Feld im Vortragsraum, Westfälische Straße 27 (Radensingana Johann-Georgstr.), Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, Arnold B. Meig liest aus neuen Werken, Hans Weber spricht über Neuerfindungen.

Winfred Gormann, ein bekannter französischer Kritiker und Essayist, spricht Donnerstag, 8 Uhr, in der Buchhandlung Ferdinand Oberzog, Kleiststr. 20, über: „Das junge Frankreich“. Hans Jacob leitet ein, und die Schupoleiterin Carola Weber liest Dichtungen junger Franzosen.

Eine Konferenz über Fraktur und Antiqua. Die deutsche Akademie hat, wie die „Lit. Welt“ mitteilt, beschlossen, eine Konferenz über die Vermeidung von Fraktur und Antiqua einzuberufen. Die für das Deutschland der Kinderzeiten und den Auslandshandel wichtige Frage soll gründlich beraten und grundsätzlich gelöst werden.



